er stellvertretender Leiter eines Kreiskulturhauses. Am 6. Februar 1970 erlitt er einen Verkehrsunfall, der zu seiner Invalidisierung führte. Er bezieht eine Invalidenrente.

Am 8. März 1970 besuchte der Angeklagte einen früheren Arbeitskollegen. Dort übergab ihm eine Bürgerin den von ihr gefundenen Personalausweis des Bürgers D. mit der Bitte, den Ausweis an den Verlierer weiterzuleiten. Der Angeklagte behielt diesen Ausweis jedoch bei sich und zeigte ihn bei einer Ausweiskontrolle versehentlich vor. Da keine Beanstandung erfolgte, sah er sich den Ausweis näher an und bemerkte dabei gewisse Ähnlichkeiten zwischen sich und der im Ausweis abgebildeten Person.

Am 19. März 1970 eröffnete der Angeklagte unter Benutzung des gefundenen Ausweises bei der Sparkasse der Stadt B. ein Spargirokonto und zahlte 500 M bar ein. Ihm wurde ein Scheckheft mit 10 Formularen ausgehändigt. Am 31. März und am 3. April 1970 hob der Angeklagte von dem Konto unter Verwendung des Personalausweises des Bürgers D. jeweils 200 M bar ab. Dabei wurde er von einer Mitarbeiterin der Sparkasse gefragt, ob er bereits im Besitz eines Scheckheftes sei. Nachdem er diese Frage verneint hatte, erhielt er ein weiteres Scheckheft mit 10 Formularen ausgehändigt.

In der Zeit vom 7. bis 9. April 1970 füllte der Angeklagte 20 Schecks zu je 500 M aus und löste diese bei verschiedenen Postämtern in B., in der Umgebung von B. und in L. ein. In den Verdacht des Scheckbetrugs geriet der Angeklagte erst später, weil zunächst der Bürger D. verdächtigt wurde. Am 23. März 1971 übergab der Angeklagte aus eigenem Entschluß den Betrag von 10 000 M dem Untersuchungsorgan.

Der Präsident des Obersten Gerichts hat zuungunsten des Angeklagten die Kassation des Urteils des Stadtgerichts und die Zurückweisung der Berufung gegen das Urteil des Stadtbezirksgerichts beantragt. Der Kassationsantrag hatte Erfolg.

Aus den Gründen:

Das Urteil des Stadtgerichts verletzt das Gesetz durch die Nichtanwendung des Tatbestands des verbrecherischen Betrugs zum Nachteil sozialistischen Eigentums (§ 162 Abs. 1 Ziff. 1 StGB).

Das Stadtbezirksgericht ist richtig davon ausgegangen, daß ein wichtiges Kriterium für die Beurteilung der Frage, ob eine schwere Schädigung des sozialistischen Eigentums vorliegt und die Handlung somit als verbrecherischer Betrug (§ 162 Abs. 1 Ziff. 1 StGB) zu beurteilen ist, die Höhe des tatsächlich verursachten materiellen Schadens ist. Daneben sind die Art und Weise der Tatbegehung, die Tatmotive, der Grad der Schuld und sonstige Auswirkungen zu berücksichtigen.

Bei einem durch Betrug oder Diebstahl verursachten Schaden von etwa 10 000 M ist grundsätzlich davon auszugehen, daß es sich um eine schwere Schädigung des sozialistischen Eigentums handelt und der Tatbestand des verbrecherischen Diebstahls oder Betrugs zum Nachteil sozialistischen Eigentums (§ 162 Abs. 1 Ziff. 1 StGB) bei Vorliegen der anderen objektiven und subjektiven Voraussetzungen erfüllt ist. Bei einem Schaden in dieser Höhe hätten schon außergewöhnliche, in der Art und Weise der Tatbegehung und der Person des Angeklagten liegende Umstände vorhanden sein müssen, um die Handlung gleichwohl nicht als Verbrechen nach § 162 Abs. 1 Ziff. 1 StGB, sondern als Vergehen gemäß § 159 Abs. 1 StGB rechtlich beurteilen zu können.

Solche Umstände lagen aber nicht vor. Die Art und Weise der Tatbegehung rechtfertigt keine andere Einschätzung. Der Angeklagte hat die strafbaren Handlungen sehr überlegt, planmäßig und raffiniert ausgeführt. Als sich bei einer versehentlichen Benutzung des gefundenen Personalausweises auf Grund der bestehenden Ähnlichkeit kein dachtsmomente erga-

ben, nutzte er sehr geschickt und zielstrebig diesen Personalausweis für seine Betrugshandlungen. Zu diesem zielstrebigem Handeln gehört, daß der Angeklagte bei dem kontoführenden Kreditinstitut unter Benutzung des fremden Personalausweises zu einem Zeitpunkt, als noch ausreichende Deckung vorhanden war, zwei Barabhebungen vornahm. Erst als auch diese Barabhebungen ohne Beanstandungen verliefen, stellte er innerhalb weniger Tage 20 Schecks aus, für die in Höhe von 9 900 M keine Deckung vorhanden war. Für die große Tatintensität des Angeklagten spricht auch, daß er die Schecks nicht nur in B. einlöste, sondern sich dazu in andere Orte in der Umgebung von B. begab und sogar nach L. fuhr. Nachdem die Schecks eingelöst waren, vernichtete er sorgfältig den fremden Personalausweis und alle Unterlagen über das Konto.

Bei den Folgen der Tat ist neben dem schweren materiellen Schaden zu berücksichtigen, daß der Angeklagte durch das wiederholte Benutzen eines fremden Personalausweises und die von ihm begangenen Urkundenfälschungen erhebliche Rechtsunsicherheit hervorgerufen hat und über lange Zeit ein anderer Bürger, nämlich der Verlierer des Personalausweises, der Begehung dieser Straftaten verdächtigt würde.

Das sonstige persönliche Verhalten des Angeklagten vor und nach Begehung der Straftaten und seine Arbeitsleistungen sind gut beurteilt worden. Die sonst positive Persönlichkeit des Täters kann bei der Festsetzung der Höhe der Freiheitsstrafe berücksichtigt werden, rechtfertigt aber bei der Höhe des verursachten Schadens nicht eine Beurteilung der strafbaren Handlungen als Vergehen. Dabei ist der Hinweis des 22. Plenums des Obersten Gerichts zu Fragen der Strafzumessung zu beachten, daß Persönlichkeitsumstände, die sich z. B. in guten Arbeitsleistungen ausdrücken, bei schweren Straftaten weniger berücksichtigt werden können (NJ 1969 S. 264 ff. [268]). Auch die Umstände der Tat, der Unfall des Angeklagten und dadurch entstandene finanzielle Einbußen, rechtfertigen keine andere Beurteilung.

Der Angeklagte hat sich nach dem Zeitraum von etwa einem Jahr, und zwar zu einem Zeitpunkt, als er von den Ermittlungsorganen bereits der Straftat verdächtigt wurde, zur Rückgabe des durch die Betrugshandlungen erlangten Geldbetrags entschlossen. Die Wiedergutmachung des Schadens ist als Verhalten des Täters nach der Tat vom Stadtbezirksgericht bei der Strafzumessung bereits weitgehend berücksichtigt worden. Das Stadtgericht hat bereits richtig darauf hingewiesen, daß die Rückgabe des erlangten Geldes keinesfalls als eine der Schwere der Straftat angemessene Anstrengung zur Wiedergutmachung der schädlichen Folgen i. S. des § 25 StGB angesehen werden kann, so daß eine Anwendung dieser gesetzlichen Bestimmung, wie sie von der Berufung erstrebt wurde, völlig außer Betracht zu bleiben hat.

Das 22. Plenum des Obersten Gerichts hat dargelegt, daß die Aussage des § 62 Abs. 3 StGB darin besteht, von der Anwendung erschwerender Strafvorschriften dort abzusehen, wo trotz des Vorliegens im Gesetz enthaltener Erschwerungsgründe eine wirkliche Erhöhung der Gesellschaftswidrigkeit nicht eingetreten ist. Im vorliegenden Fall liegt aber eine erhebliche Gefährlichkeit vor, so daß für die außergewöhnliche Strafmilderung gemäß § 62 Abs. 3 StGB kein Raum ist.

Die vom Stadtbezirksgericht ausgesprochene Freiheitsstrafe ist unter Berücksichtigung der Tatschwere, insbesondere der Höhe des dem sozialistischen Eigentum zugefügten Schadens und der Intensität der strafbaren Handlungen, sowie dem Verhalten des Angeklagten vor und nach der Tat zutreffend.